

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII

I. Ausgangslage bei der Altersversorgung von Geschäftsführern und Vorständen

1 Bestimmung der Versorgungslücke	1
2 Vergleich der Vorteilhaftigkeit der verschiedenen Säulen der Altersversorge	3
3 Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung bei GmbH-Geschäftsführern und AG-Vorständen	7
4 Durchführungsformen der betrieblichen Altersversorgung und ihre Verbreitung	8
a) Unmittelbare Versorgungszusagen	9
b) Direktversicherung	10
c) Unterstützungskassen	11
d) Pensionskassen	13
e) Pensionsfonds	14

II. Gestaltung von Versorgungszusagen zugunsten von Geschäftsführern und Vorständen

1 Versorgungszusagen an Fremdgeschäftsführer bzw. nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstände	17
a) Gestaltungsfreiheit	17
b) Mindestinhalt individueller Versorgungszusagen	18
c) Zulässige Abweichungen vom Betriebsrentengesetz	21
2 Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände	23
a) Geltung des Betriebsrentengesetzes/Voraussetzungen für Beherrschung im Sinne des Arbeitsrechts	23
b) Erforderliche Regelungsbereiche für arbeitsrechtlich beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer und Gesellschafter-Vorstände	25
c) Abgrenzung: Sozialversicherungsfreiheit/Beherrschung im Sinne des Sozialrechts	28

	Seite
3 Insolvenzschutz bei Versorgungszusagen	29
a) Allgemeines zum Insolvenzschutz	29
b) Privatrechtlicher Insolvenzschutz, insbesondere mittels „Verpfändungsmodell“	31
aa) Allgemeines zum Insolvenzschutz bei Versorgungszusagen	31
bb) Kongruente Deckung der Versorgungsverpflichtungen zum Schutz des Unternehmens und des Geschäftsführers/Vorstands	32
cc) Sorgfalt bei der Einrichtung einer privatrechtlichen Sicherung	34
c) Absonderungsrecht im Fall der Insolvenz der Gesellschaft	37
d) Keine Gefährdung der Sicherung durch Widerrufsvorbehalte	40
e) Pfändungsschutz von Renten und Renten-Rückdeckungsversicherungen beim Geschäftsführer/Vorstand	43
4 Zuständigkeit für die Erteilung von Versorgungszusagen an Organmitglieder	44

III. Steuerliche Behandlung von unmittelbaren Versorgungszusagen bei der Gesellschaft

1 Anforderungen an die steuerliche Anerkennung von Versorgungsaufwand der Gesellschaft für einen Geschäftsführer/Vorstand bei allen Durchführungswegen	45
a) Vorbemerkungen	45
b) Dreistufige Prüfung der steuerlichen Anerkennung von Versorgungsaufwand auf zwei Prüfungsebenen	46
2 Allgemeine Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Pensionsrückstellungen (1. und 2. Prüfungsstufe – erste Ebene)	47
a) Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	47
b) Überblick über die zwingenden steuerlichen Bewertungsvorschriften, die von den BilMoG-Anforderungen abweichen	48
c) Voraussetzungen der Bildung von Pensionsrückstellungen in der Steuerbilanz im Einzelnen	52
aa) Rechtsanspruch/Zivilrechtlich wirksame Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 1 EStG)	52
bb) Schriftliche und eindeutige Zusage (§ 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG)	54
cc) Keine steuerschädlichen Widerrufsvorbehalte (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG)	57
dd) Keine Abhängigkeit von künftigen gewinnabhängigen Bezügen (§ 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG)	57
ee) Keine Vorwegnahme künftiger Einkommensentwicklungen = Keine Überversorgung = Einhaltung der 75 %-Grenze (§ 6a Abs. 3 S. 2 Nr. 1 S. 4 EStG)	58
(1) Versorgungszusagen mit fester Anwartschaftsdynamik	58
(2) Versorgungszusagen mit Gehaltsdynamik	59

	Seite
(3) Überhöhte Versorgungszusagen/Versorgungszusagen, die die 75 %-Grenze in der Anwartschaftsphase überschreiten	59
(4) Nur-Pensionszusage	63
(5) Gehaltsabsenkungen	64
3 Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von unmittelbaren Versorgungszusagen an beteiligte Geschäftsführer/ Vorstände (3. Prüfungsstufe – zweite Ebene)	65
a) Betriebliche Veranlassung und verdeckte Gewinnausschüttung	65
b) Unterscheidung zwischen steuerlich beherrschenden und nicht beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern	67
c) Unterscheidung zwischen Zusagen, die die gesetzliche Altersversorgung ersetzen, und solchen, die sie ergänzen	69
d) Einzelne Anforderungen an die betriebliche Veranlassung von Direktzusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer/-vorstände	72
aa) Im Voraus geschlossene, klare und eindeutige Zusage/ Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbot	72
(1) Notwendigkeit einer umfassenden und eindeutigen Regelung . .	73
(2) Anwendungsfälle des Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbots	74
bb) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	75
(1) Ernsthaftigkeit und Verzicht	75
(2) Ernsthaftigkeit, realistisches Pensionsalter, Rückstellungsbildung	76
(3) Umsetzung der neuen Anforderungen aus dem BMF, Schr. v. 9.12.2016	79
(4) Finanzierbarkeit	82
cc) Probezeit = frühestmöglicher Zeitpunkt der Zusageerteilung	85
(1) Anforderungen an die Erprobung (personenbezogene Probezeit)	86
(2) Gesicherte Gewinnerwartung der GmbH bei Zusageerteilung (unternehmensbezogene Probezeit)	89
(3) Kritik an der Probezeit-Rechtsprechung aus dem Aspekt des Fremdvergleichs	91
dd) Erdienbarkeit = spätestmögliche Zusageerteilung	92
(1) Erdienbarkeitsfrist	92
(2) Höchstalter bei Zusageerteilung	94
(3) Ausnahmefall Entgeltumwandlung	95
(4) Wechsel des Durchführungsweges	96
(5) Erhöhung der Zusage	96
(6) Anwendung auf nicht beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer	98
ee) Sonstiger Fremdvergleich/Prüfung der Üblichkeit	99
(1) Innerbetrieblicher vs. externer Fremdvergleich	99
(2) Keine entgegenstehenden sonstigen betrieblichen Besonderheiten	100

	Seite
(3) Gestaltung der Versorgungszusage: Warte- und Unverfallbarkeitsfristen	101
(4) Gestaltung der Versorgungszusage: Zusagen an Lebensgefährten (100 % Witwen-/Witwerpension)	105
(5) „Erweiterter Fremdvergleich“	107
ff) Angemessenheit der Versorgungszusage der Höhe nach	108
gg) Angemessenheit der Gesamtbezüge	109
(1) Berücksichtigung der „fiktiven Jahresnettoprämie“ bei Versorgungszusagen	110
(2) Ermittlung der „angemessenen“ Gesamtbezüge	111
(3) Zusammenrechnung der Vergütung bei Tätigkeit für mehrere GmbHs	114
4 Folgen einer Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	114
a) Keine Anerkennung (100%ige vGA)	115
b) Temporäre vollständige Nichtanerkennung (temporäre vGA)	115
c) Teilweise Anerkennung (teilweise vGA bzw. erforderliche Bilanzberichtigung)	116
d) Aufteilung bei Überversorgung	118
e) Behandlung einer vGA bei der Gesellschaft und dem Gesellschafter	119
5 „Heilung“ einer verdeckten Gewinnausschüttung	120
6 Zusammenfassung	120

IV. Steuerliche Behandlung von mittelbaren Versorgungszusagen (Direktversicherungs-, Unterstützungskassen-, Pensionskassen- und Pensionsfondszusagen) bei der Gesellschaft

1 Vorbemerkungen	123
2 Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für eine Direktversicherung des (Gesellschafter-)Geschäftsführers	124
a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Direktversicherungszusage	124
b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	125
c) Erdienbarkeit	126
d) Sonstige Üblichkeit	127
e) Angemessenheit der Gesamtvergütung	128
3 Steuerliche Anerkennung von Zuwendungen für den (Gesellschafter-) Geschäftsführer an eine Unterstützungskasse	128
a) Zivilrechtlich wirksame, klare und im Voraus geschlossene Zusage	128
b) Ernsthaftigkeit und Finanzierbarkeit	129
c) Erdienbarkeit	130
d) Sonstige Üblichkeit der Versorgungszusage	131
e) Angemessenheit der Gesamtvergütung	131

	Seite
4 Steuerliche Anerkennung von Beiträgen für den (Gesellschafter-) Geschäftsführer an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds	131
5 Steuerliche Anerkennung von Beiträgen und Zuwendungen für den (Gesellschafter-)Vorstand bei mittelbaren Versorgungszusagen	132
6 Steuerfreiheit von Pensions- und Unterstützungskassen im Hinblick auf die Versorgung von beteiligten Geschäftsführern bzw. Vorständen	132

V. Steuerliche Behandlung der betrieblichen Altersversorgung beim Geschäftsführer bzw. Vorstand

1 Einkommensteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/Vorstands bei unmittelbaren Versorgungszusagen und der Versorgung über eine Unterstützungskasse	135
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	135
b) Auswirkungen von Versorgungszusagen auf den Abzug von privaten Vorsorgeaufwendungen	137
c) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen	139
2 Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/ Vorstands bei Direktversicherungen, Pensionsfonds und Pensions- kassen und mit Zusageerteilung ab 1.1.2005	142
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	142
b) Besteuerung bei Erhalt von Versorgungsleistungen	144
3 Einkommen- und lohnsteuerliche Behandlung des Geschäftsführers/ Vorstands bei Direktversicherungen oder Pensionskassen mit pauschal oder voll versteuerten Beiträgen (Altzusagen mit Zusageerteilung vor dem 1.1.2005 bzw. dem 1.1.2002)	145
a) Besteuerung während der aktiven Dienstzeit	145
b) Umwandlung einer Rückdeckungsversicherung in eine Direktversiche- rung und Abschluss einer Direktversicherung beim Ausscheiden	149
c) Besteuerung bei Leistungsbezug	150
4 Vermögensteuerliche Behandlung der Versorgungszusage	152
5 Erbschaftsteuerliche Behandlung von Hinterbliebenenleistungen	152

VI. Besondere Fragestellungen

1 Befreiung der Gesellschaft von der Versorgungsverbindlichkeit	155
a) Abfindung	157
aa) Anforderungen an die zivilrechtliche Wirksamkeit von Abfindungsvereinbarungen	157
bb) Bilanzsteuerliche Anerkennung von Abfindungsklauseln	161
(1) Schädlicher Vorbehalt im Sinne von § 6a Abs. 1 Nr. 2 EStG	161

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<p>(2) Einhaltung des Eindeutigkeitsgebots und des Schriftform erfordernisses nach § 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG</p> <p>cc) Gesellschaftsrechtliche Veranlassung der Abfindung</p> <p>(1) Erforderlichkeit einer Abfindungsklausel in der Zusage?</p> <p>(2) Inhaltliche Anforderungen an anzuerkennende Abfindungsklauseln</p> <p>(3) Steuerlich zulässiger Abfindungsbetrag bei Gesellschafter Geschäftsführern</p> <p>dd) Steuerliche Behandlung der Abfindung beim Geschäftsführer/ Vorstand</p> <p>b) Verzicht</p> <p>aa) Zivilrechtliche Voraussetzungen</p> <p>bb) Betriebliche oder gesellschaftliche Veranlassung des Verzichts</p> <p>cc) Folgen des gesellschaftlich veranlassten Verzichts</p> <p>dd) Folgen des gesellschaftlich veranlassten Verzichts für die Gesellschaft</p> <p>(1) Sonderfall: Festschreiben der Zusage bzw. Verzicht auf den „Future-Service“</p> <p>(2) Sonderfall: Umstrukturierender Verzicht</p> <p>ee) Folgen des betrieblich veranlassten Verzichts bzw. Teilverzicht</p> <p>ff) Verzicht gegen Besserungsschein</p> <p>gg) Verzicht und Bewertungsverfahren</p> <p>hh) Sonderfall (temporäre) Bezügerreduzierung</p> <p>c) Auslagerung der Verbindlichkeit auf einen anderen Versorgungsträger</p> <p>d) Übertragung der Versorgungsverbindlichkeit auf ein anderes Unternehmen</p> <p>aa) Lohnsteuerliche Behandlung des Übertragungswertes beim Geschäftsführer/Vorstand</p> <p>bb) Betriebliche Veranlassung</p> <p>cc) Rechtsfolgen für das übertragende Unternehmen</p> <p>dd) Rechtsfolgen für den Geschäftsführer/Vorstand als Gesellschafter</p> <p>(1) Angemessener Übertragungswert</p> <p>(2) Steuerliche Behandlung beim aufnehmenden Unternehmen, an dem der Geschäftsführer/Vorstand wiederum maßgeblich beteiligt ist</p> <p>ee) Passivierung angeschaffter Pensionsrückstellungen</p> <p>e) Übertragung auf Rentner-GmbH</p> <p>f) Liquidationsversicherung</p> <p>aa) Abschluss ohne Zustimmung des Geschäftsführers/Vorstands</p> <p>bb) Betriebliche Veranlassung bei Liquidationsversicherungen für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer</p> <p>2 Betriebsrentenrechtlicher Statuswechsel</p> <p>3 Rechtsformwechsel des Unternehmens</p>	<p>162</p> <p>164</p> <p>164</p> <p>166</p> <p>167</p> <p>169</p> <p>171</p> <p>171</p> <p>171</p> <p>172</p> <p>174</p> <p>175</p> <p>177</p> <p>178</p> <p>179</p> <p>179</p> <p>180</p> <p>181</p> <p>184</p> <p>185</p> <p>187</p> <p>187</p> <p>187</p> <p>188</p> <p>189</p> <p>191</p> <p>192</p> <p>193</p> <p>194</p> <p>197</p> <p>198</p> <p>200</p>

	Seite
4 Weitere Tätigkeit des Geschäftsführers nach Erreichen des vertraglichen Pensionsalters	203
5 Besondere Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Versorgungszusagen an Gesellschafter-Vorstände von Aktiengesellschaften	208
a) Unterschiede zur Situation von GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführern	208
b) Anwendbarkeit der für GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer entwickelten Prüfkriterien in besonderen Fällen	209
c) Fazit	209
6 (Zeit-)Wertkontenvereinbarungen bei Organmitgliedern und bei Beherrschung	210
a) Nicht am Unternehmen beteiligte Organpersonen	210
b) Beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer/Vorstände	210
c) Minderheits-Gesellschafter-Geschäftsführer/Vorstände ohne beherrschenden Einfluss auf die AG	211
d) Behandlung von Zeitguthaben aus Zeiten vor Erwerb der Organstellung	212
7 Versorgungsausgleich bei GmbH-Geschäftsführern	212
a) Anwendbarkeit des VersAusglG	212
b) Allgemeines zur Durchführung des Versorgungsausgleichs	213
c) Durchführung der Teilung	215
d) Besonderheiten bei der Teilung von Pensionszusagen an (Gesellschafter-)Geschäftsführer/-Vorstände	218
aa) Unterfinanzierte Versorgungszusagen	218
bb) Endgehaltsabhängige Versorgungszusagen	219
cc) Teilung bei Bestehen von Rückdeckungsversicherungen	219
8 Versorgungszusagen zugunsten mitarbeitender Ehegatten von GmbH-Geschäftsführern und nahestehender Personen	220

VII. Hinweise zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)

1 Vorbemerkung	223
2 Wesentliche Anforderungen des BilMoG an die Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen	224
3 Auswirkungen des BilMoG auf die Bewertung von mittelbaren Versorgungszusagen	227

Anhang

I. Checkliste zur Gewährleistung der steuerlichen Anerkennung der betrieblichen Altersversorgung	232
II. Muster-Pensionszusagen für einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer/-Vorstand	236

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Muster Verpfändungsvereinbarung	248
IV. Muster-Gesellschafterbeschluss	250
V. Matrix zur unterschiedlichen Behandlung von beherrschenden/nicht beherrschenden Geschäftsführern sowie Arbeitnehmern	252
VI. Matrix zur Statusfeststellung (GmbH)	255
VII. Wichtige Rechtsvorschriften	256
1. Auszug aus den Einkommensteuer-Richtlinien 2012 (EStR 2012) i.d.F. vom 25.3.2013	256
2. Auszug aus den Körperschaftsteuer-Richtlinien 2022 (KStR 2022) sowie den Hinweisen zu den Körperschaftssteuer-Richtlinien (KStH 2022)	264
3. Auszug aus den Erbschaftsteuer-Richtlinien (ErbStR 2019)	273
4. Schreiben der Finanzverwaltung	275
a) Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 21.1.1991 zur erbschaftsteuerrechtlichen Behandlung von Hinterbliebenenbezügen aus einem Anstellungsvertrag des Gesellschafter-Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft	275
b) BMF, Schr. v. 16.5.1994 – IV B 7 - S 2742 – 14/94 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Gesellschaftergeschäftsführer-Dienstvertrages; Auswirkungen des BGH-Urteils v. 25.3.1991 – II ZR 160/90	276
c) BMF, Schr. v. 21.12.1995 – IV B 7 - S 2741 – 68/95 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Geschäftsführer-Dienstvertrages; Auswirkungen des BGH-Urteils v. 25.3.1991 – II ZR 160/90 – auf Pensionsrückstellungen	277
d) Verfügung der OFD Hamburg vom 24.4.1996 – S 2742 – 8/94 – St 31 zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für die Änderung des Gesellschafter-Geschäftsführer-Dienstvertrages ..	278
e) Verfügung der OFD Köln vom 15.9.1997 – S 2742 – 63 – St 131 zum Erdienungszeitraum für Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer	278
f) Verfügung der OFD Karlsruhe vom 17.4.2001 – S 2742 A – St 331 zur Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	279
g) BMF, Schr. v. 28.5.2002 – IV A 2 - S 2742 – 32/02 zur Korrektur einer verdeckten Gewinnausschüttung innerhalb oder außerhalb der Steuerbilanz	284
h) BMF, Schr. v. 14.10.2002 – IV A 2 - S 2742 – 62/02 zur Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	295

	Seite
i) BMF, Schr. v. 9.12.2002 – IV A 2 - S 2742 – 68/02 zu Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer; Vereinbarung einer sofortigen ratierlichen Unverfallbarkeit – Länge des Erdienungszeitraums	300
j) BMF, Schr. v. 2.12.2003 – IV A 2 - S 2743 – 5/03 zur Ertragsteuerlichen Beurteilung des Forderungsverzichts des Gesellschafters einer Kapitalgesellschaft gegen Besserungsschein; Folgen aus der Entscheidung des Großen Senats des BFH vom 9.6.1997	301
k) BMF, Schr. v. 3.11.2004 – IV B 2 - S 2176 – 13/04 zu Zusagen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung; bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von überdurchschnittlich hohen Versorgungsanwartschaften (Überversorgung)	303
l) BMF, Schr. v. 28.1.2005 – IV B 7 - S 2742 – 9/05 zur Vereinbarung einer Nur-Pension mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft; Folgerungen aus dem BFH, Urt. v. 17.5.1995 (BStBl. II 1996, 204)	308
m) BMF, Schr. v. 6.4.2005 – IV B 2 - S 2176 – 10/05 zur betrieblichen Altersversorgung; bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Abfindungsklauseln in Pensionszusagen nach § 6a EStG	310
n) BMF, Schr. v. 1.9.2005 – IV B 2 - S 2176 – 48/05 zu Abfindungsklauseln in Versorgungszusagen; Anpassung von Versorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Versorgungsberechtigten	311
o) BMF, Schr. v. 6.9.2005 – IV B 7 - S 2742 – 69/05 zur Finanzierbarkeit von Pensionszusagen gegenüber Gesellschafter-Geschäftsführern (§ 8 Abs. 3 S. 2 KStG); Anwendung der BFH, Urt. v. 8.11.2000 (Az. I R 70/99), vom 20.12.2000 (Az. I R 15/00), vom 7.11.2001 (Az. I R 79/00), vom 4.9.2002 (Az. I R 7/01) und vom 31.3.2004 (Az. I R 65/03)	312
p) BMF, Schr. v. 22.5.2007 – IV C 8 - S 2221/07/0002 zur Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen bei Gesellschafter-Geschäftsführern von Kapitalgesellschaften (§ 10 Abs. 3 EStG i.d.F. bis VZ 2004, § 10 Abs. 4a EStG n.F.)	312
q) BMF, Schr. v. 17.6.2009 – IV C 5 - S 2332/07/0004 zur Lohn-/einkommensteuerlichen Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen .	318
r) BMF, Schr. v. 14.8.2012 – IV C 2 - S 2743/10/10001: 001 zum Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers einer Kapitalgesellschaft auf eine Pensionsanwartschaft als verdeckte Einlage (§ 8 Abs. 3 S. 3 KStG); Verzicht auf künftig noch zu erdienende Pensionsanwartschaften (sog. Future-Service)	325
s) BMF, Schr. v. 13.12.2012 – IV C 6 - S 2176/07/10007 zur bilanzsteuerrechtlichen Berücksichtigung von sog. Nur-Pensionszusagen	327

	Seite
t) BMF, Schr. v. 14.12.2012 – IV C 2 - S 2742/10/10001 – zur Pro- bezeit vor Zusage einer Pension an den Gesellschafter-Geschäfts- führer einer Kapitalgesellschaft (§ 8 Abs. 3 S. 2 KStG)	327
u) BMF, Schr. v. 18.10.2013 – IV C 6 - S 2176/12/10001 zur Berück- sichtigung von gewinnabhängigen Pensionsleistungen bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG	329
v) BMF, Schr. v. 12.5.2014 – IV C 2 - S 2743/12/10001 – Verdeckte Einlage in eine Kapitalgesellschaft und Zufluss von Gehalts- bestandteilen bei einem Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft; Urteile des BFH v. 3.2.2011 – VI R 4/10 – (BStBl. II 2014, 493) und – VI R 66/09 – (BStBl. II 2014, 491) sowie v. 15.5.2013 – VI R 24/12 – (BStBl. II 2014, 495)	330
w) OFD Niedersachsen, Verfügung vom 15.8.2014 (S 2742-259- St 241) – Verfügung betr. Pensionszusagen an Gesellschafter- Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften; Erdienungszeitraum bei Entgeltumwandlung	330
x) BMF, Schr. v. 9.12.2016 – IV C 6 - S 2176/07/10004: Maß- gebendes Pensionsalter bei der Bewertung von Versorgungs- zusagen, Urteile des BFH vom 11.9.2013 (BStBl. II 2016, S. 1008) und des BAG (BAG) vom 15.5.2012 – 3 AZR 11/10; v. 13.1.2015 – 3 AZR 897/12	331
y) BMF, Schr. v. 12.8.2021 IV C5 – S2333/19/10008: Schreiben betr. Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung i.d.F. der Änderung durch BMF v. 18.3.2022 (Auszug: I. Rn. 1-7) . . .	334
z) BMF, Schr. v. 4.7.2017 – IV C 5 - S 2333/16/10002, DOK 2017/ 0581849: Lohnsteuerliche Folgerungen der Übernahme der Pensionszusage eines beherrschenden Gesellschafter-Geschäfts- führers gegen eine Ablösungszahlung und Wechsel des Durch- führungswegs	336
za) BMF, Schr. v. 18.9.2017 – IV C 6 - S 2176/07/10006, DOK 2017/ 0761018: Betriebliche Altersversorgung; Bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Versorgungsleistungen, die ohne die Voraussetzung des Ausscheidens aus dem Dienstverhältnis gewährt werden, und von vererblichen Versorgungsanwart- schaften	337
zb) BMF, Schr. v. 30.11.2017 – IV C 6 - S 2133/14/10001, DOK 2017/ 0978503: Bilanzsteuerrechtliche Berücksichtigung von Ver- pflichtungsübernahmen, Schuldbeitritten und Erfüllungsüber- nahmen mit vollständiger oder teilweiser Schuldfreistellung, Anwendung der Regelungen in § 4f und § 5 Abs. 7 EStG	339
zc) BMF, Schr. v. 8.8.2019 – IV C 5 - S 2332/07/0004:004, DOK 2019/0686812: Lohn-/einkommensteuerliche Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeit- wertkonten-Modellen; Organe von Körperschaften	348

Inhaltsverzeichnis

	Seite
zd) BMF, Schr. v. 12.8.2021 IV C5 – S2333/19/10008: Schreiben betr. Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung i.d.F. der Änderung durch BMF v. 18.3.2022 (Auszug: I. Rn. 1–7)	348
ze) BMF, Schr. v. 30.8.2024 – IV C 2 - S 2742/22/10003: Gleich- zeitige Zahlung von Geschäftsführergehalt und Pension; BFH- Urteil vom 15.3.2023 – I R 41/19 Änderung des BMF-Schrei- bens vom 18.9.2017	353
 Stichwortverzeichnis	 377